

GZ 140.240/3-SGIII/1/00

Einrichtung einer  
Interministeriellen Arbeitsgruppe  
für Gender-Mainstreaming

## Vortrag an den Ministerrat

Der Begriff des Gender-Mainstreaming erlangte auf internationaler und europäischer Ebene vor allem durch die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, den Vertrag von Amsterdam und das 3. und 4. Aktionsprogramm der Europäischen Kommission für die Chancengleichheit von Frauen und Männern eine umfassende Bedeutung.

Gender-Mainstreaming ist die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte, auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungen beteiligten Akteure einzubringen (Definition der ExpertInnengruppe für Mainstreaming des Europarates 1998).

Gender-Mainstreaming kann die frauenspezifische Gleichstellungspolitik und deren Mechanismen und Instrumentarien nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Während die spezifische Gleichbehandlungspolitik darauf abzielt, durch eine konkrete Politik eine Gleichstellung in spezifischen Bereichen herbeizuführen, soll mit der Strategie des Gender-Mainstreaming das Ziel der Gleichstellung auf eine breite Basis gestellt werden. Gender-Mainstreaming betrifft die politischen Konzepte im Allgemeinen und zielt darauf ab, dass bei der Planung politischer Strategien die Besonderheiten, Interessen und Wertvorstellungen beider Geschlechter berücksichtigt werden. Bei jedem politischen Ansatz ist zu hinterfragen, welche Auswirkungen die geplante bzw. realisierte Politik auf die Erreichung des Ziels der Gleichstellung von Frauen und Männern hat. Gender-Mainstreaming kann nicht so unmittelbar und konkret wirken wie die spezifische Gleichbehandlungspolitik, sondern ist eine diese Politik ergänzende und auf ihr aufbauende Strategie.

Eine der notwendigen Grundlagen für Gender-Mainstreaming ist der explizite politische Wille auf der obersten politischen Ebene.

In Wahrnehmung meiner Koordinationsaufgabe in Angelegenheiten der Frauenpolitik werde ich daher zur Umsetzung dieser Strategie auf nationaler Ebene eine interministerielle Arbeitsgruppe für Gender-Mainstreaming (IMAG Gender-Mainstreaming) einrichten.

Ziel dieser IMAG ist es, den Prozess des Gender-Mainstreaming in allen Ressorts und auf allen politischen Ebenen zu unterstützen und zu begleiten.

Wesentliche Aufgaben der IMAG Gender-Mainstreaming:

- Austausch von Informationen und nachahmenswerter Initiativen in den Ressorts
- Entwicklung von Kriterien für den Gender-Mainstreaming-Ansatz
- Austausch von best-practice Beispielen
- Auflistung laufender Projekte, Maßnahmen und Gesetze, die für eine Überprüfung durch die Gender-Mainstreaming-Ziele sinnvoll sind.

Vorsitz der IMAG Gender-Mainstreaming:

Wird von mir geführt, eine Person meines Vertrauens vertritt mich im Verhinderungsfall.

Zusammensetzung der IMAG Gender-Mainstreaming:

In der IMAG Gender-Mainstreaming soll jedes Ressort eine Vertreterin/einen Vertreter für Gender-Mainstreaming entsenden.

Einberufung:

Die IMAG soll 2x jährlich einberufen werden.

Die Beiziehung von ExpertInnen zu den einzelnen IMAG-Sitzungen ist möglich und wünschenswert. (z.B. ausländische Gender-Mainstreaming Expertinnen und Experten, die konkrete Projekte, best-practice Modelle sowie in ihren Ländern bereits angewandte Routineverfahren vorstellen).

Im Herbst 2000 werde ich zudem eine Enquete einberufen, die das Thema Gender-Mainstreaming zum Thema hat.

Ich stelle daher den

A n t r a g ,

Die Bundesregierung möge zustimmend zur Kenntnis nehmen, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe für Gender-Mainstreaming unter meinem Vorsitz im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen eingerichtet wird, in die jedes Ressort eine Vertreterin/einen Vertreter für Gender-Mainstreaming entsenden soll.

Wien, am 7.7.2000

SICKL

Abschrift

BUNDESKANZLERAMT-BUNDESKANZLER  
352.210/6-IV/8/00

Pkt. 29 des Beschl.Prot. 24

24. Sitzung des Ministerrates am 11. Juli 2000

29. Bericht der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen,  
Zl. 140.240/3-SGIII/1/00 (NEUES MATERIAL), betr. Einrichtung einer inter-  
ministeriellen Arbeitsgruppe für Gender-Mainstreaming.  
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.

Wien, 11. Juli 2000

MR Dr. WIESMÜLLER

BM für soziale Sicherheit und Generationen